



# Bescheid

## I. Spruch

Anita Ableidinger wird gemäß § 65 Abs. 3 zweiter Satz Audiovisuelle Mediendienste-Gesetz (AMD-G), BGBl. I Nr. 84/2001 idF BGBl. I Nr. 55/2022 aufgetragen, betreffend den audiovisuellen Mediendienst Anita Girlietainment (abrufbar unter [www.youtube.com/anitagirlietainment](http://www.youtube.com/anitagirlietainment)) der Kommunikationsbehörde Austria (KommAustria) die Anzahl der Abrufe (Zuschauerzahlen) im Kalenderjahr 2022 binnen einer Frist von 14 Tagen zu übermitteln.

## II. Begründung

### 1. Gang des Verfahrens

Mit Schreiben vom 28.02.2023 forderte die KommAustria Anita Ableidinger (folgend: Mediendienstanbieterin) gemäß § 65 Abs. 3 AMD-G zur Beantwortung zweier Fragen betreffend den bei der KommAustria angezeigten audiovisuellen Mediendienst Anita Girlietainment abrufbar unter [www.youtube.com/anitagirlietainment](http://www.youtube.com/anitagirlietainment) (folgend: Mediendienst) auf. Die Fragen lauteten „Wie viele Nutzer (Abonnenten oder Einzelkunden) hatte der Abrufdienst im Durchschnitt im vorangegangenen Kalenderjahr?“ sowie „Wie viele Abrufe hatte der Abrufdienst im vorangegangenen Kalenderjahr?“. In dem Schreiben wurde festgehalten, dass die Mediendienstanbieterin gemäß § 65 Abs. 3 AMD-G verpflichtet sei, der KommAustria auf schriftliches Verlangen die Auskünfte über Reichweiten (Marktanteile), Versorgungsgrad und Nutzer- oder Zuschauerzahlen zu erteilen, die für die Erstellung des Marktberichtes erforderlich sind. Für die Beantwortung der beiden Fragen wurde eine Frist von sieben Tagen vorgesehen.

In einem weiteren Schreiben der KommAustria vom 10.05.2023 forderte die KommAustria die Mediendienstanbieterin neuerlich zur Beantwortung der schon im Schreiben der KommAustria vom 28.02.2023 enthaltenen Fragen auf und sah hierfür neuerlich eine Frist von sieben Tagen vor.

Sowohl hinsichtlich des Schreibens der KommAustria vom 28.02.2023 als auch hinsichtlich des Schreibens der KommAustria vom 10.05.2023 langten bis zum heutigen Tage keine Stellungnahme der Mediendienstanbieterin ein.

### 2. Sachverhalt

Auf Grund des durchgeführten Ermittlungsverfahrens steht folgender entscheidungswesentlicher Sachverhalt fest:

Anita Ableidinger betrieb als Mediendienstanbieterin im Jahr 2022 den bei der KommAustria angezeigten Mediendienst Anita Girlietainment abrufbar unter [www.youtube.com/anitagirlietainment](http://www.youtube.com/anitagirlietainment).

Mit Schreiben der KommAustria vom 28.02.2023 wurde die Mediendienstanbieterin betreffend den Mediendienst gemäß § 65 Abs. 3 AMD-G zur Beantwortung zweier Fragen binnen einer Frist von sieben Tagen aufgefordert. Die Fragen lauteten „*Wie viele Nutzer (Abonnenten oder Einzelkunden) hatte der Abrufdienst im Durchschnitt im vorangegangenen Kalenderjahr?*“ sowie „*Wie viele Abrufe hatte der Abrufdienst im vorangegangenen Kalenderjahr?*“. Im diesbezüglichen Schreiben wurde festgehalten, dass die Mediendienstanbieterin gemäß § 65 Abs. 3 AMD-G verpflichtet ist der KommAustria auf schriftliches Verlangen die Auskünfte über Reichweiten (Marktanteile), Versorgungsgrad und Nutzer- oder Zuschauerzahlen zu erteilen, die für die Erstellung des Marktberichtes erforderlich sind. Eine Stellungnahme langte bei der KommAustria bis zum heutigen Tag nicht ein.

In einem weiteren Schreiben der KommAustria vom 10.05.2023 forderte die KommAustria die Mediendienstanbieterin neuerlich zur Beantwortung der beiden schon im Schreiben der KommAustria vom 28.02.2023 enthaltenen Fragen auf und sah hierfür neuerlich eine Frist von sieben Tagen vor. Eine Stellungnahme langte bei der KommAustria bis zum heutigen Tag nicht ein.

Aus den im Akt befindlichen Zustellnachweisen ergibt sich, dass das Schreiben der KommAustria vom 28.02.2023, KOA 3.007/23-004, am 03.03.2023 durch Übergabe an einen Ersatzempfänger (Mitbewohner) zugestellt wurde und dass das Schreiben der KommAustria vom 10.05.2023, KOA 3.007/23-149, am 16.05.2023 hinterlegt und seitens der Mediendienstanbieterin nicht behoben wurde.

### **3. Beweiswürdigung**

Die Feststellung zum Betrieb des Mediendienstes der Mediendienstanbieterin im Jahr 2022 beruht auf der Einsicht in den entsprechenden Akt der KommAustria zu KOA 1.950/19-002.

Die Feststellung der Zustellung des Schreibens der KommAustria vom 28.02.2023 sowie zum dadurch ausgelösten Beginn der Beantwortungsfrist beruht auf dem der KommAustria übermittelten Rückschein.

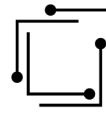
Die Feststellung der Zustellung des Schreibens der KommAustria vom 10.05.2023 sowie zum dadurch ausgelösten Beginn der Beantwortungsfrist beruht auf dem aus dem Akt ersichtlichen Sendungsverlauf und dem Hinterlegungszeitpunkt.

Die Feststellung, dass keine Stellungnahmen der Mediendienstanbieterin bei der KommAustria einlangten, ergibt sich aus den Akten der KommAustria.

## **4. Rechtliche Beurteilung**

### **4.1. Zur Zuständigkeit der Behörde**

Gemäß § 66 Abs. 1 ist die KommAustria Regulierungsbehörde im Sinne des AMD-G.



Gemäß § 65 Abs. 3 2. Satz AMD-G hat die Regulierungsbehörde die Erteilung der Auskunft mit Bescheid vorzuschreiben, sofern ein Mediendienstanbieter oder Video-Sharing-Plattform-Anbieter seiner Auskunftsverpflichtung nicht oder nicht ordnungsgemäß nachkommt.

Es ist daher im Folgenden zu prüfen, ob die Mediendienstanbieterin betreffend den Mediendienst Ihrer Auskunftsverpflichtung gemäß § 65 Abs. 3 1. Satz nachgekommen ist.

#### **4.2. Zur Auskunftsverpflichtung gemäß § 65 Abs. 3 1. Satz AMD-G**

§ 2 AMD-G lautet auszugsweise:

##### **„Begriffsbestimmungen**

**§ 2.** Im Sinne dieses Gesetzes ist:

[...]

3. *audiovisueller Mediendienst: eine Dienstleistung im Sinne der Art. 56 und 57 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union, bei der der Hauptzweck oder ein trennbarer Teil der Dienstleistung darin besteht, unter der redaktionellen Verantwortung eines Mediendienstanbieters der Allgemeinheit Sendungen zur Information, Unterhaltung oder Bildung über elektronische Kommunikationsnetze (Art. 2 Z 1 der Richtlinie (EU) 2018/1972 über den europäischen Kodex für die elektronische Kommunikation, ABl. Nr. L 321 vom 17.12.2018, S. 36) bereitzustellen; darunter fallen Fernsehprogramme und audiovisuelle Mediendienste auf Abruf;*

4. *audiovisueller Mediendienst auf Abruf: ein audiovisueller Mediendienst, der von einem Mediendienstanbieter für den Empfang zu dem vom Nutzer gewählten Zeitpunkt und auf dessen individuellen Abruf hin aus einem vom Mediendienstanbieter festgelegten Programm katalog bereitgestellt wird (Abrufdienst);*

[...]

20. *Mediendienstanbieter: die natürliche oder juristische Person, die die redaktionelle Verantwortung für die Auswahl der audiovisuellen Inhalte des audiovisuellen Mediendienstes trägt und bestimmt, wie diese gestaltet werden;*

[...]“

§ 9 AMD G lautet auszugsweise:

##### **„Anzeigepflichtige Dienste**

**§ 9.** (1) *Fernsehveranstalter, soweit sie nicht einer Zulassungspflicht nach § 3 Abs. 1 unterliegen, haben ihre Tätigkeit spätestens zwei Wochen vor Aufnahme der Regulierungsbehörde anzuzeigen, Anbieter von Abrufdiensten spätestens zwei Monate nach Aufnahme der Tätigkeit.*

(2) *Die Anzeige hat neben Namen, Adresse und allfälligen Vertretern und Zustellungsbevollmächtigten des Mediendienstanbieters Nachweise über die Erfüllung der Anforderungen der §§ 10 und 11 zu enthalten. Weiters sind Nachweise über die für die Bestimmung der Rechtshoheit relevanten Tatsachen (Niederlassung) vorzulegen. Darüber hinaus hat die Anzeige zu enthalten:*

[...]“

§ 65 AMD G lautet auszugsweise:

*„Reichweiten- und Marktanteilerhebung*

*§ 65. (1) Die für die Vollziehung von Bestimmungen dieses Bundesgesetzes im Rahmen der Rechtsaufsicht erforderliche Erhebung von Reichweiten (Marktanteilen), Versorgungsgraden und Nutzer- und Zuschauerzahlen erfolgt durch die RTR-GmbH, Fachbereich Medien, im Auftrag der und für die Regulierungsbehörde nach anerkannten wissenschaftlichen Methoden und Analysen auf Basis einer laufenden Beobachtung. Die Erhebungsergebnisse sind in Form eines Berichts über den Markt bis zum 31. Mai eines jeden Jahres in geeigneter Weise bekannt zu machen, jedenfalls aber auf der Website der Regulierungsbehörde sowie im Tätigkeitsbericht (§ 19) auszuweisen.*

[...]

*(3) Der österreichischen Rechtshoheit unterliegende Mediendienstanbieter und Video-Sharing-Plattform-Anbieter sind verpflichtet, der Regulierungsbehörde auf schriftliches Verlangen die Auskünfte über Reichweiten (Marktanteile), Versorgungsgrad und Nutzer- oder Zuschauerzahlen zu erteilen, die für die Erstellung des Marktberichtes erforderlich sind. Kommt ein Mediendienstanbieter oder Video-Sharing-Plattform-Anbieter seiner Auskunftspflicht nicht oder nicht ordnungsgemäß nach, hat die Regulierungsbehörde die Erteilung der Auskunft mit Bescheid vorzuschreiben.“*

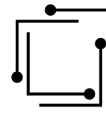
Beim Mediendienst der Mediendienstanbieterin handelt es sich um einen audiovisuellen Mediendienst iSd § 2 Z 3 AMD-G. Insofern gelangen die einschlägigen Bestimmungen des AMD-G, darunter auch die Verpflichtungen für Mediendienstanbieter gemäß § 65 AMD-G zur Anwendung.

Infolge Nichtbeantwortung der in den Schreiben der KommAustria vom 28.02.2023 sowie vom 10.05.2023 enthaltenen Fragen ist die Mediendienstanbieterin betreffend den Mediendienst der Auskunftspflicht nach § 65 Abs. 3 1. Satz AMD-G nicht nachgekommen. Sohin war seitens der KommAustria die Erteilung der Auskunft gemäß § 65 Abs. 3 2. Satz AMD-G mit Bescheid vorzuschreiben.

Es war daher spruchgemäß zu entscheiden.

### **III. Rechtsmittelbelehrung**

Gegen diesen Bescheid steht der/den Partei/en dieses Verfahrens das Rechtsmittel der Beschwerde gemäß Art. 130 Abs. 1 Z 1 B-VG beim Bundesverwaltungsgericht offen. Die Beschwerde ist binnen vier Wochen nach Zustellung dieses Bescheides schriftlich, telegraphisch, fernschriftlich, im Wege automationsunterstützter Datenübertragung oder in jeder anderen technisch möglichen Weise bei der Kommunikationsbehörde Austria einzubringen. Die Beschwerde hat den Bescheid, gegen den sie sich richtet, ebenso wie die belangte Behörde, die den Bescheid erlassen hat, zu bezeichnen und die Gründe, auf die sich die Behauptung der Rechtswidrigkeit stützt, das Begehren sowie die Angaben zu enthalten, die erforderlich sind, um zu beurteilen, ob die Beschwerde rechtzeitig eingebracht wurde.



Für die Beschwerde ist eine Gebühr in Höhe von EUR 30,- an das Finanzamt Österreich (IBAN: AT830100000005504109, BIC: BUNDATWW, Verwendungszweck: „Bundesverwaltungsgericht / KOA 3.007/23-152“, Vermerk: „Name des Beschwerdeführers“) zu entrichten. Bei elektronischer Überweisung der Beschwerdegebühr mit der „Finanzamtszahlung“ sind die Steuernummer/Abgabenkontonummer 109999102, die Abgabenart „EEE – Beschwerdegebühr“, das Datum des Bescheides als Zeitraum und der Betrag anzugeben. Die Entrichtung der Gebühr ist durch einen Zahlungsbeleg oder einen Ausdruck über die erfolgte Erteilung einer Zahlungsanweisung nachzuweisen.

Wien, am 23. Juni 2023

**Kommunikationsbehörde Austria**

Mag. Michael Ogris  
(Vorsitzender)